

NORBERT GÖTTLER

Heimat, Garten des Menschlichen?

Demokratie, Menschenrechte und Heimatpflege

Im Jahr 1977 veröffentlichte der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker den Band »Der Garten des Menschlichen« und lenkte damit den Blick auf den gefährdeten Lebensraum Erde sowie auf seine – gleichermaßen gefährdete wie gefährdende – Bewohnerschaft, die Menschheit. Es ging Weizsäcker damals um eine Sensibilisierung für die Vielgestaltigkeit unseres gemeinsamen Lebensraums Erde. »In einem Garten gibt es Wege«, so schreibt er, »und ein verständig angelegter Garten zeigt von jedem Blickpunkt aus ein jeweils anderes, sinnvolles Bild« (ebd.: 15 f.).

Unseren Lebensraum mit dem Bild des Gartens zu charakterisieren, ist nicht neu. Bereits die Schöpfungsgeschichte weist dem Menschen einen Garten als Handlungsraum zu, den er sorgfältig zu schützen und zu bewahren habe. Die Schönheit, aber auch die Verletzlichkeit des »Gartens Erde« ist ständiges Thema von Literatur, Philosophie und Weltreligionen. Auch Weizsäcker wollte mit seinem Buch auf die ständige Gefährdung des »Gartens des Menschlichen« hinweisen. Neben wirtschaftlichen, militärischen und ökologischen Verwerfungen nannte er die zunehmende Unfähigkeit der Weltpolitik, die Völker der Erde noch humanitär und gewaltfrei zu regieren: »Minderheiten haben gelernt, Gewalt zu üben und erzeugen damit einen Drang der ›schweigenden Mehrheit‹ zur Billigung eines Polizeistaates. Die Welt wird unregierbarer.« (Ebd.: 55)

37 Jahre sind seit Weizsäckers Analyse vergangen. Die Welt hat sich, zumal seit der immer deutlicher erfahrbaren Globalisierung, fundamental verändert, manche ehemals brisante Themen sind in den Hintergrund gerückt – doch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen den menschenrechtlich-demokratischen Ansprüchen des Einzelnen und den realpolitischen Wirklichkeiten vieler Staaten, hat weltweit an Dringlichkeit eher zugenommen. Weizsäcker hatte globale Lebensräume im Blick. Liegt es aber nicht auf der

Hand, dass das Bild vom »Garten des Menschlichen« auch auf jenes Phänomen anzuwenden ist, das wir »Heimat« nennen?

Heimat als globales Phänomen

Überall auf der Welt gibt es »Heimaten«, in der Ferne und in der Nähe. Überall gibt es Menschen, die sich Heimaten verbunden fühlen, überall aber auch Diktaturen, Vertreibungen, Zwangsumsiedelungen, Gleichschaltung, Verelendung, Folter, Todesstrafe. Können wir so tun, als ob das alles die konkrete Heimatpflege nichts anginge? Glauben wir tatsächlich, in einer globalisierten Welt könnten wir in unserer Heimat auf einer Art »Insel der Seligen« leben? Kann jemand annehmen, die Gefährdungen auch unseres Heimattraumes durch totalitäre, rassistische und menschenverachtende Bewegungen seien ein für alle Mal gebannt?

Nichts ist selbstverständlich! Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur erwachen, so heißt es. Kann eine Diktatur Heimat sein? Kann man sich in einem totalitären, menschenverachtenden Staat heimisch machen, ohne mitschuldig zu werden? Zweifellos gibt es die innere Emigration, die Möglichkeit, in kleinen Nischen Schutz und Geborgenheit zu suchen. Einen totalitären Staat in seiner Gesamtheit hingegen als Heimat zu interpretieren, wird kaum ohne ideologischen Kotau vor sich gehen können. Das ist die bittere Erfahrung, die auch die Heimatpflege im Dritten Reich machen musste, als sie meinte, ihre Ziele mit den Mitteln der Anbiederung und Anpassung erreichen zu können.

Um im eingangs angebotenen Bild zu bleiben: Lange Jahre hat die Heimatpflege sich damit begnügt, sich liebevoll um einzelne Pflanzen und Tiere im »Garten Heimat« zu kümmern. Sinnvollerweise ist langsam ein Bewusstsein entstanden, sich auch mit den Verwerfungen und Brüchen im Erdreich dieses Gartens auseinanderzusetzen und Gefährdungen festzustellen. Ist es jetzt nicht an der Zeit, uns aufzurichten und über den Gartenzaun zu blicken? Wie immer man weltweit jenes Bemühen auch nennen mag, das wir mit dem Begriff »Heimatpflege« bezeichnen, ihre Vertreter*innen haben sich in den letzten hundert Jahren große Verdienste um den Erhalt einzelner Kulturgüter erworben. Bei allem Schmerz um Verluste, die kulturelle Welt wäre überall deutlich ärmer ohne das Bemühen, Denkmäler und Ensembles, Ortsbilder und Landschaften, Bräuche und Musiktraditionen, Mundarten und Regionalliteraturen zu erhalten sowie historisches und volkskundliches Wissen zu vermehren.

Aber es ist auch an der Zeit, kritische Bilanz zu ziehen. Die Heimatpflege verliert sich zu oft in Einzelaktionen und singulären Liebhabereien, ohne sich Gedanken über die großen Gefährdungsszenarien zu machen, die unsere Heimat wirklich bedrohen. Das Bild des Gärtners kann diesen Sachverhalt illustrieren: Wir bemühen uns liebevoll um einzelne wohlriechende Kräuter und Blumen, gekieste Seitenwege und barocke Brunnen, während schon die Schubraupen ihre Motoren angeworfen haben, den Garten wegen eines neuen Bauprojektes über den Haufen zu schieben. Wir hören zwar irgendwelche bedrohlichen Geräusche und riechen

Abgase, wir heben aber nicht einmal den Kopf, um uns die Gefahr wirklich zu gegenwärtigen. Es ist schwer nachzuvollziehen, auch schwer zu vermitteln, mit welcher liebevoller Detailgenauigkeit wir uns um Trachtenpflege und Musikkultur, um Bräuche und Denkmäler kümmern, während wir hilf- oder interesselos die wirklich lebens- und kulturverändernden Flutwellen über uns ergehen lassen, die mit zunehmender Wucht auf unsere Dörfer und Städte heranrollen. Was bedeutet es etwa, wenn in den Ballungsräumen der Metropolregionen Zersiedelung, Landverbrauch und Grundstücksspekulation nie gekannte Ausmaße erreichen, während in anderen Regionen Landflucht und Strukturschwäche ganze Dörfer veröden lassen?

Wie gehen wir mit der Tatsache um, dass sich in der globalisierten Welt Armutsmigration nicht mehr mit Polizeimaßnahmen verhindern lässt, sondern nur mit einem wirtschaftspolitischen Bemühen um eine gerechtere Welt? Was sagen wir dazu, dass auch in Deutschland viele Menschen wieder abschätzig die Nase rümpfen, wenn sie Begriffe wie »Demokratie«, »Menschenrechte« und »Rechtsstaatlichkeit« hören. Dass bereits in vielen Lebensbereichen wieder ein Klima der Angst herrscht, weil politische und religiöse Extremist*innen zu den altbewährten Mechanismen von Gewalt und Einschüchterung greifen? Dass auch in Deutschland Rassismus und Antisemitismus wieder Hass und Zerstörung in die Dörfer und Städte tragen? Das alles sollen keine Fragen der Heimatpflege sein? Von welcher Heimat reden wir dann?

Ein gepflegter Garten, ein »Garten des Menschlichen«, braucht ganz gewiss Menschen, die sich liebevoll um Details kümmern, die wiederkehrende, manchmal vielleicht ermüdende und stupide Handarbeit leisten. Er braucht aber auch Menschen, die rechtzeitig vor verheerenden Trockenheiten, Sintfluten, herannahenden Straßenwalzen und Schubraupen warnen. Auch diese Menschen sind Heimatpfleger*innen im besten Sinn des Wortes. Ihnen wurde in der Vergangenheit der klassischen Heimatpflege zu wenig Gehör geschenkt. In den Bereichen der Ökologie und der Friedensforschung, der sozialen, politischen und religiösen Zukunftsverantwortung sind aus dem Bereich der Heimatpflege in den letzten Jahrzehnten – bei allen löblichen Ausnahmen – zu wenig Impulse ausgegangen. Prospektive Heimatpflege ist aber – bei aller Bescheidenheit unserer Ressourcen und Mittel – überparteiliches, politisches Wirken. Heimatpflege ist Zukunftsvorsorge.

Es liegt auf der Hand, dass ein dergestalt erweiterter Heimatpflegebegriff nicht von einer Handvoll ehren- oder hauptamtlicher Kräfte allein geleistet werden kann. Er muss ausgeweitet werden auf alle Bürgerinnen und Bürger, die sich um das heimatliche Gemeinwesen kümmern. In diesem Sinn ist natürlich auch Kommunalpolitik, insofern sie dem Allgemeinwohl und nicht Partikularinteressen verpflichtet handelt, praktische Heimatpflege. Heimatpflege muss aus historisch fundierter Verantwortung heraus gegenwärtige und zukünftige Lebensprozesse unserer Gesellschaft reflektieren und mitgestalten.

Steckt hinter dieser These eine Selbstüberforderung? Der Anspruch ist in der Tat hoch. Aber er stammt nicht von uns selbst, sondern von Staat und Gesell-

schaft, expressis verbis etwa in der »Gemeinsamen Bekanntmachung des Bayerischen Kultur- und Innenministerium«, neu aufgelegt im Jahr 1998: »Die Heimatpfleger werden gebeten, auch in Zukunft dazu beizutragen, unsere Heimat vor Verlusten zu bewahren und den vorhandenen Werten neue hinzuzufügen.« (vgl. Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e. V. 1998)

Menschenrechte als Nagelprobe der Heimatpflege

In der Philosophie gibt es den Begriff der Evidenz. Evident ist eine Tatsache dann, wenn sie einen unmittelbaren und unbezweifelbaren Wahrheitsanspruch besitzt, der nicht mehr lange theoretisch diskutiert werden muss. Nach den Erfahrungen von Holocaust und KZ-Terror hielt man Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und andere Menschenrechte für evident, subjektive Rechte, die jedem Menschen allein aufgrund seines Menschseins zustünden. Die relativ einmütige Annahme der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« durch die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 (48 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen, keine Gegenstimme) belegt diese Grundstimmung. Der Teufel lag allerdings schon damals im Detail.

Uneinig war man sich nicht nur über die Frage, was man sich genau unter dem Begriff »Menschenrechte« vorzustellen hatte, sondern auch über Einklagbarkeit und Sanktionierung bei Missachtung. Immer mehr Staaten fanden genügend innenpolitische Gründe, sich um eine grundlegende Menschenrechtspolitik zu drücken. Die Folge waren Gründungen wie »Writers in Prison« der Schriftstellerorganisation PEN 1960 oder die der Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International 1961. Später, 1978, folgte dann Human Rights Watch. Sie formulierten wenigstens den Minimalkonsens: Keine Folter! Keine Todesstrafe! Keine politischen Gefangenen!

Heute, fast 70 Jahre danach, erlebt die Menschenrechtsarbeit eine zusätzliche Krise. Wurden die Menschenrechte früher klammheimlich und mit einem gewissen Unrechtsbewusstsein gebrochen, werden sie heute von immer mehr Staaten, etwa von China, von arabischen und afrikanischen Ländern offen und demonstrativ abgelehnt, da sie nicht der eigenen, sondern – ihrer Ansicht nach – nur einer westlichen, christlich geprägten Wertewelt entsprächen, aus deren Kulturraum sie entstammen. Das Insistieren westlicher Staaten auf Einhaltung der Menschenrechte empfinden sie als Werte-Kolonialismus. In diesen Chor stimmen manche westlichen Kommentatoren ein. Einigen von ihnen sind lautere Motive nicht abzusprechen, viele haben aber eher Absatzmärkte und ungestörte Feriendomizile im Auge.

Die bittere Folge: Über die Universalität und Evidenz der Menschenrechte gibt es in der heutigen Staatengemeinschaft – auch im Westen! – de facto keine Einigkeit mehr. Die Menschenrechtslage ist weltweit heute bedrückender denn je, schwere Menschenrechtsverletzungen – Folter, Scheinhinrichtungen, Todesstrafe, Inhaftierung und Verschwindenlassen von Dissident*innen und Minderheiten ohne Pro-

zess – werden laut Amnesty International in mindestens 112 Ländern der Erde systematisch und offenkundig betrieben (vgl. Amnesty International 2013). Vor den Augen und ohne nennenswerte Reaktion der Weltöffentlichkeit!

Recht auf Heimat?

An dieser Stelle soll nicht versäumt werden, auf eine sehr strittige Diskussion hinzuweisen, nämlich auf die Debatte um das so genannte »Recht auf Heimat«. Es sei ein Menschenrecht, so die Befürworter*innen, nicht zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden zu können beziehungsweise nach einer Emigration in die angestammte Heimat zurückkehren zu dürfen. Diese Formulierung findet sich vor allem in der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« von 1950. Im internationalen Recht wurde sie bisher nicht allgemein anerkannt, nur einige deutsche Landesverfassungen, wie die von Baden-Württemberg und Sachsen, haben entsprechende Bestimmungen aufgenommen. Unabhängig von der Tatsache, dass in der Folgezeit vor allem rechtspopulistische Parteien ein »Recht auf Heimat« postulierten und es im Sinne von Revanchismus und Schutz vor »Überfremdung durch Heimatfremde« interpretierten, hat der Begriff »Recht auf Heimat« heute eine neue Relevanz gefunden. Institutionen wie die Gesellschaft für bedrohte Völker oder Greenpeace benutzen ihn, um auf die Bedrohung von Menschen durch kultur- oder naturzerstörende Maßnahmen aufmerksam zu machen. Von einer völker- und staatsrechtlichen Anerkennung des »Rechtes auf Heimat« als allgemeines Menschenrecht kann zum heutigen Zeitpunkt aber nicht gesprochen werden.

Demokratie – eine ungefährdete Staatsform?

Die Schere, die sich in der Durchsetzung der Menschenrechte öffnet, ist auch in Bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit festzustellen. Während auf der einen Seite weltweit eindrucksvoll Initiativgruppen die Demokratisierung ihrer Länder fordern, sinkt die Zahl demokratischer und freier Gesellschaften de facto seit Jahren. Die unabhängige US-Forschungseinrichtung Freedom House hat 194 Staaten in Hinblick auf freie Wahlen, politischer Pluralismus und Unabhängigkeit der Justiz untersucht (Herzinger 2011). Die Organisation schätzte im Jahr 2011 87 Staaten als »frei«, 60 als »teilweise frei« und 47 als »unfrei« ein. Während die Zahl der klassischen Demokratien zwischen 2005 und 2011 von 123 auf 115 fiel, mehrte sich die Zahl autoritärer Staaten, die mit »wachsender Aggressivität, Selbstsicherheit und Missachtung der internationalen Meinung« ihre Staatsraison durchzusetzen versuchten, so der Bericht.

Was bedeutet das für uns?

So bedauerlich solche Entwicklungen sein mögen, wird der eine oder andere nun sagen, aber was hat all dies mit Heimatpflege zu tun? Sehr viel, meiner Ansicht

nach. Der radikale Veränderungsprozess der Globalisierung betrifft den Heimatbegriff in doppelter Weise. Mögen ihn manche als Alternativentwurf gegen die Auflösung geschlossener Milieus betrachten, ist doch erkennbar, dass die Globalisierung fundamental auch unsere Lebensgewohnheiten prägen wird. Die Welt wird zum globalisierten Dorf. Wenn Heimat immer mehr auch die Heimat der Anderen ist, die es gemeinsam zu gestalten gilt, werden manche lieb gewonnenen Gewohnheiten fragwürdig und mancher Kompromiss nötig. Das gilt auch für die konkrete Ausgestaltung und Gewichtung einzelner Elemente von Demokratie und Menschenrecht.

Zurecht gibt es darüber eine interkulturelle Diskussion. Nicht alles, was sich in einem Kulturraum positiv entwickelt hat, muss für andere Kulturräume gelten. Konkrete Ausformungen von Demokratie und Menschenrechten unterliegen einem historischen Entwicklungsprozess. Diese Toleranz darf aber nicht zu Nihilismus und Relativismus führen. Der Kerngedanke der Menschenrechte, die Würde eines jeden Menschen darf nicht angetastet werden, ist keine postkolonialistische Bevormundung, sondern eine menschheitsgeschichtliche Errungenschaft, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen. Wenn wir aus eigener intellektuell-ethischer Trägheit nicht bereit sind, dies anderen Kulturen und Regierungen zu vermitteln, fallen wir nicht nur all jenen in den Rücken, die sich weltweit für Menschenrechte und Demokratisierung einsetzen, sondern nehmen es hin, dass sich auch für unsere eigene Heimat enorme Konsequenzen ergeben werden:

- Die unmittelbarste Folge: Die Opfer der Diktaturen kommen zu uns. Niemand kann ihnen das zum Vorwurf machen und niemand wird sie aufhalten. Unsere eigenen Vorfahren haben ebenso gehandelt. Bei aller Gastfreundschaft, werden die sozialen Spannungen in den Städten und Dörfern steigen. Aufnahme von Flüchtlingen ist eine dringend gebotene Nothilfe, aber keine dauerhafte Strategie für eine gerechtere Welt.
- Indifferenz in Fragen von Demokratie und Menschenrechten wird uns in unserer eigenen Heimat einholen.
Woraus schöpfen wir die trügerische Sicherheit, totalitäre Kräfte hätten in Westeuropa für immer ausgedient? Wenn es uns nicht gelingt, in wirtschaftlich guten Zeiten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte irreversibel zu verankern, wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis unsere Enkel und Urenkel wieder ohne wirkliche Meinungsfreiheit leben müssen, bis sie wieder Opfer von staatlicher, militärischer oder paramilitärischer Gewalt werden könnten – im eigenen Land!
- Die Vertreter*innen der Zweiten und Dritten Welt fordern immer vehementer, dem klassischen Kanon der Menschenrechte auch Rechte hinzuzufügen, die ihnen – ihrer Ansicht nach – von den Industrienationen vorenthalten werden: Recht auf eine gerechte Weltwirtschaft, auf Zugang zu Wasserressourcen, auf Bildung und Gesundheit.

Wenn es uns nicht gelingt, einen partnerschaftlichen Umgang mit ihnen zu kultivieren, wird man sich holen, von dem man glaubt, das einem zusteht. Niemand wird das verhindern können. Und das alles soll nichts mit Heimat und Heimatpflege in unserem Land zu tun haben?

- Die Erfahrung, dass es verblendete Hassprediger, Terroristen und organisierte Verbrecher immer geben wird, zeigt leider die Geschichte. Die Erfahrung lehrt aber auch, dass Gesellschaften, die indifferent und lethargisch ihrem eigenen Wertesystem gegenüberstehen, besonders anfällig dafür sind, zu Opfern dieser Geißeln der Menschheit zu werden.

Wie glaubwürdig sind wir in unseren westlichen Staaten, wenn wir von Demokratie und Menschenrechten sprechen? Welches Bild geben wir nach außen ab? Das der hemmungslosen Kapitalisten und Konsum-Fetischisten? Unterstützen wir in angemessener Weise demokratische Aufbrüche und Menschenrechtsgruppen oder sehen wir in ihnen in zynischer Weise nur die Gefährder unseres nächsten Tauchurlaubs? Dann werden wir uns nicht wundern müssen, dass weltweit genügend Kräfte rekrutiert werden können, die Hass, Gewalt und Zerstörung auch in unsere Dörfer und Städte tragen werden.

Die Verantwortung der Heimatpflege

Das alles, so wird man an dieser Stelle einwenden können, sei nachvollziehbar, liege aber doch in erster Linie in der Verantwortung von Politik und Wirtschaft. Die großen nationalen und internationalen Entwicklungen entzögen sich dem Einfluss der unteren Ebene, hätten gar eine Eigendynamik erreicht, die unregulierbar geworden sei. Ein solcher Einwand entbehrt nicht jeder Plausibilität, ist aber doch erfahrungsresistent gegenüber den vielen Beispielen, in denen eine breite Masse von Bürgerinnen und Bürgern gesellschaftliche Veränderungen vollziehen konnte.

Natürlich haben nicht alle die gleichen Möglichkeiten Einfluss auszuüben, aber – trotz gelegentlich gegenteiliger und sicherlich frustrierender – Wahrnehmung werden Heimatpfleger*innen in der Öffentlichkeit gehört, haben einen politischen Stellenwert, haben Chancen, Themen und Positionen zu platzieren – Chancen, die leider zu selten wahrgenommen werden. Einige Handlungsmöglichkeiten für haupt- und ehrenamtliche Heimatpfleger*innen seien an dieser Stelle beispielhaft skizziert.

Wissen vermitteln

Eine Binsenweisheit – Wissen und Aufklärung sind immer noch der beste Schutz gegen enge und falsche Weltbilder, gegen Indoktrination und Volksverhetzung. Die Heimatpflege kann Vorträge und Ausstellungen über die politische Geschichte ihrer Region, über die kleinräumige Entstehung der Demokratie und ihre Unterdrückung im Dritten Reich anbieten. Zeitgeschichtliche Angebote und Geschichtswerkstätten finden erfahrungsgemäß auch beim jüngeren Publikum und bei den Medien Anklang.

Die Zukunft thematisieren

Moderne Heimatpflege ist historisch fundiert, aber der Zukunft verpflichtet. Workshops und Zukunftswerkstätten, die sich mit der Gefährdung der heimatlichen Region beschäftigen, sollten auf die örtliche Heimatpflege nicht verzichten. Diese können ein wichtiges, überparteiliches Bindeglied zur Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung darstellen.

Sich mit Gleichgesinnten vernetzen

Nahezu in jeder Kommune gibt es Einrichtungen der Menschenrechtsarbeit, der Erwachsenenbildung und der politischen Bildung. Heimatpfleger*innen sollten natürliche Partner*innen dieser Institutionen sein, sollten sie mit ihrem Spezialwissen unterstützen und auf regionale Angebote drängen. Ob sie selbst einer politischen Partei angehören wollen, müssen sie selbst entscheiden. Manche Heimatpfleger*innen sehen in einer solchen Mitgliedschaft, andere in der Überparteilichkeit bessere Umsetzungsmöglichkeiten ihrer Ideen.

Haltung zeigen

Heimatpfleger*innen sind Personen des öffentlichen Interesses. Es wird wahrgenommen, ob und wie sie sich zu demagogischen Meinungen in der öffentlichen Diskussion oder gar zu gewaltsamen Übergriffen in ihren Dörfern und Städten äußern. Nicht selten berufen sich Volksverhetzer auf historische Traditionen. Dann ist es an der Reihe der Heimatpfleger*innen, ihrem Dienstauftrag zu folgen und für unsere demokratische, freie und plurale Gesellschaftsordnung einzutreten.

Die Wurzeln des Übels erkennen

Verächtlichmachung von Demokratie und Menschenrechten beginnt im Kleinen. In der unpassenden Benennung von Straßen, in der Diskriminierung von Asylsuchenden, im Gebaren von Antiquaren, die ihre Hauptgeschäfte mit NS-Devotionalien betreiben, in rassistischen Äußerungen und Verhaltensweisen in Vereinen und Verbänden. Dann müssen Heimatpfleger*innen ihrer Verantwortung gerecht werden und laut und deutlich ihre Meinung sagen. Keine noch so gut gemeinte Traditionspflege ist legitim, wenn sie Hass und Intoleranz sät.

Ein anderer Blick auf die Geschichte

Schlimm genug, in welcher menschenverachtenden Weise die Gewaltverherrlichung in Film und Fernsehen um sich greift. Längst geht es dort nicht mehr um Kunst, sondern um die Quote, die Gunst des Voyeurs. Das Maß an konsumierter Gewalt korrespondiert erschreckend mit der zynischen Verweigerung, sich der weltweiten realen Gewalt entgegenzustellen. Historiker*innen, Journalist*innen und Heimatpfleger*innen sollten hingegen ihr Augenmerk auf die wirklichen Held*innen der Gesellschaft richten, auf Menschen, die sich unter Lebensgefahr für ein friedliches, gerechtes und tolerantes Miteinander einsetzen.

Heimatspflege hat sich in der Vergangenheit als lernfähig erwiesen und muss diese Fähigkeit auch in Zukunft bewahren. Dass Themen der Zeitgeschichte heute unumstritten zum Kanon regionaler Geschichtsforschung gehören, dass Orte totalitärer Unterdrückung als »Denkmale« gepflegt werden, ist hoch erfreulich – es war vor dreißig Jahren nicht unbedingt vorauszusehen!

Diese Lernfähigkeit macht zuversichtlich, dass die Heimatspflege auch den nächsten Schritt gehen wird und sich einreihen wird in die Zahl jener Männer und Frauen, denen eine humanitäre Gesellschaft am Herzen liegt. Auf Männer und Frauen, für die ihre Heimat nicht Aufmarschplatz von Maßlosigkeit und Rücksichtslosigkeit, von Ausgrenzung und Intoleranz ist, sondern – im Sinne Carl Friedrich von Weizsäckers – ein »Garten des Menschlichen«.

*Der Text stammt aus dem Jahr 2014 (also ein Jahr vor der großen Migrationswelle 2015). Er wurde etwa gleichzeitig in der Zeitschrift *Schönere Heimat* (hrsg. vom Bayerischen Landesverein für Heimatspflege, 103. Jg. Heft 4, S. 259f.) und in der Monographie »Dachauer Elegien. Heimat in einer globalisierten Welt« (hrsg. von Norbert Göttler, München 2014) veröffentlicht. Die hier abgedruckte Fassung ist mit Zustimmung des Autors leicht verändert.*

Literatur

Amnesty International (2013): *Jahresbericht 2013*, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/deutschland> (letzter Zugriff: 16. 2. 2020)

Bayerischer Landesverein für Heimatspflege e. V. (Hrsg.) (1998): *Heimatspflege in den Landkreisen, kreisfreien Städten und Großen Kreisstädten. Gemeinsame Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren, München*

Herzinger, Richard (2011): *Anzahl der Demokratien weltweit gesunken*, <https://www.welt.de/politik/ausland/article12117201/Anzahl-der-Demokratien-weltweit-erneut-gesunken.html> (letzter Zugriff: 19. 2. 2020)

Petersen, Thomas (2013): »Weniger Toleranz gegenüber Extremisten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 116, 22. 5. 2013

Weizsäcker, Carl Friedrich von (1977): *Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie*, München: Carl Hanser

